

Handelsblatt.com

28.04.2009, 05:13 Uhr

Statist Schweiz

von [Torsten Riecke](#)

Die Schweiz ist von der Rolle. Die peinliche "Umarmung" des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad durch den obersten Eidgenossen Hans-Rudolf Merz ist nur ein weiterer Beleg dafür, dass die Alpenrepublik auf der internationalen Bühne zu einem stümperhaften Statisten geworden ist.

Das kleine Land, das dank seiner politischen Neutralität jahrzehntelang weit über seine politischen Verhältnisse leben konnte, erfährt derzeit an allen Fronten, dass in Krisenzeiten mit dem Motto "Small is beautiful" kein Staat mehr zu machen ist.

Die Schweizer sind dabei nicht nur Opfer der Globalisierung, die auf politische Zwerge wenig Rücksicht nimmt. Dass das einstige Musterland viel von seiner internationalen Reputation und dem damit verbundenen Einfluss verloren hat, haben die Eidgenossen auch ihrer politischen Klasse zu verdanken. Der in der Konkordanz befangene Bundesrat hat die tektonischen Veränderungen in der Welt viel zu spät bemerkt. Entsprechend läuft die Schweiz den Ereignissen hinterher.

Nirgends zeigt sich das deutlicher als im Umgang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise. Viel zu spät ist den führenden Eidgenossen bewusst geworden, dass die globalen Staatshilfen für Banken und Konjunktur unweigerlich das Thema Steueroasen in den Blickpunkt rücken würden. Eine durchdachte Strategie, wie man auf die absehbaren Angriffe auf das Schweizer Bankgeheimnis reagieren soll, sucht man vergebens. Regierungsvertreter in Bern widersprechen der Kritik mit dem Hinweis, es habe sehr wohl einen Plan gegeben, nämlich, so lange wie möglich Widerstand zu leisten.

Inzwischen dämmert es jedoch auch in der Hauptstadt, dass man aus dem Bremserhäuschen keine konstruktive Politik betreiben kann. Durch ihre Hinhaltenaktik beim Bankgeheimnis haben die Eidgenossen nahezu jede Chance verspielt, die neue Finanzarchitektur mitzugestalten. Bei der G20 sitzen sie nicht mit am Tisch, beim Internationalen Währungsfonds (IWF) schwindet der Einfluss, wenn aufstrebende Volkswirtschaften wie China und Indien auf mehr Mitsprache drängen. Das Verhältnis mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ist seit dem Streit über die schwarzen Listen von Steueroasen zerrüttet. Zwar erhält die Schweiz künftig zwei Sitze im neu geschaffenen Financial Stability Board. Dessen Einfluss auf die Regulierung der Finanzmärkte wurde jedoch vom Londoner Finanzgipfel erheblich begrenzt. Unterm Strich sitzen die Schweizer also meist auf der Tribüne, wenn es um die Zukunft der Finanzmärkte geht. Für den siebtgrößten Finanzplatz der Welt mit zwei global agierenden Großbanken ist das bitter.

Mit ihren rund 7,7 Millionen Einwohnern war die Schweiz zwar schon immer ein kleines Land. Dank ihrer langen demokratischen Tradition, ihrer politischen Neutralität und des liberalen, weltoffenen Klimas verfügte sie jedoch über unverhältnismäßig großen politischen Einfluss. Im Zweiten Weltkrieg war die Alpenrepublik eine Insel der Freiheit und ein Zufluchtsort für viele Verfolgte des Naziregimes. Während des folgenden Kalten Krieges waren die neutralen Eidgenossen der ideale Vermittler zwischen Ost und West. Dass bedeutende internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen und die Welthandelsorganisation in Genf ihren Hauptsitz haben, ist kein Zufall, sondern auch Anerkennung der besonderen Rolle, die die Schweiz lange Zeit international gespielt hat. Noch heute bedienen sich etwa die USA der Schweizer Diplomatie, wenn es darum geht, ihre Interessen in "Schurkenstaaten" wie Iran zu vertreten, wo die Amerikaner selbst keine diplomatische Vertretung haben.

Seit dem Mauerfall hat die Schweiz jedoch ihre geopolitische Vermittlerrolle als Wanderin zwischen den

Welten verloren. Dennoch haben sich die Eidgenossen nicht dazu durchgerungen, einem Staatenbund beizutreten. Zuletzt lehnten sie im März 2001 mit einer Dreiviertelmehrheit Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union ab. Daran hat sich bis heute nichts geändert. So ist die Alpenrepublik praktisch ein passives Mitglied der EU. Das führt zu dem grotesken Ergebnis, dass die Schweiz Richtlinien aus Brüssel oft schneller und besser umsetzt als die EU-Mitglieder. Ohne allerdings direkten Einfluss auf die Vorgaben ausüben zu können.

Bislang fühlten sich die Schweizer in dieser Zwitterrolle ganz wohl. Konnten sie doch von der europäischen Integration profitieren, ohne eigene Souveränitätsrechte etwa in der Wirtschafts- und Geldpolitik aufgeben zu müssen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Schwächen dieser Doppelrolle schonungslos offengelegt. Plötzlich merken die Schweizer, dass sie ohne eine politisch starke Organisation im Rücken ihr eigenes Schicksal nicht mehr bestimmen können. Das Einknicken beim Bankgeheimnis war ein erstes Zeichen. Sollte der taumelnde Bankenriese [UBS](#) in ernsthafte Existenznöte geraten, wäre die Schweiz mit einer Rettung finanziell überfordert und auf ausländische Hilfe angewiesen.

Für die Schweizer "Global Player" in der Wirtschaft könnte die Ohnmacht der Alpenrepublik auf der internationalen Bühne ebenfalls zu einem Problem werden. Novartis, Nestlé & Co müssen ihr Lobbying auf ausländische Regierungen konzentrieren, wenn ihre Stimme bei der Neuordnung der Weltwirtschaft Gehör finden soll. "Wir reagieren nur auf Druck", sagte ein Schweizer Regierungsvertreter kürzlich in Bern. Vielleicht muss der wirtschaftliche Druck noch größer werden, damit die Eidgenossen ihr Verhältnis zu einer EU-Mitgliedschaft überdenken.

Link zum Artikel: <http://www.handelsblatt.com/politik/handelsblatt-kommentar/statist-schweiz;2255345>

© 2009 **ECONOMY.ONE GmbH** - ein Unternehmen der **Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH**

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: [Content Sales Center](#) | [Sitemap](#) | [Archiv](#)

Powered by [Interactive Data Managed Solutions](#)

Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Bitte beachten Sie auch folgende [Nutzungshinweise](#), die [Datenschutzerklärung](#) und das [Impressum](#).